

Betreff:

Bezahlbaren Wohnraum schaffen
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 31.01.2012 -

Antragstext:

In Wiesbaden fehlen zurzeit rund 4.000 Wohneinheiten. Deshalb ist die Förderung bezahlbaren Wohnraums ein wichtiges Ziel.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden sieht es als ihre Aufgabe an, preiswerten Wohnraum für ihre Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Die städtischen Wohnbaugesellschaften leisten hervorragende Arbeit; aber angesichts der hohen Nachfrage und der prognostizierten demografischen Entwicklung sind alle Anstrengungen nötig, dass auch Bevölkerungsgruppen mit kleinem Einkommen adäquat mit Wohnraum versorgt werden können.

Derzeit arbeitet eine städtische Projektgruppe der Dezernate II, III und IV sowie der SEG an der Identifizierung von möglichen Wohnbauflächen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. eine „Stabsstelle Bezahlbarer Wohnraum“ einzurichten, die aus Mitarbeitern der Dezernate Stadtentwicklung und Soziales besteht und die zum Ziel hat, bis Ende 2012 ein Konzept zu erarbeiten und alle Vorbereitungen zu treffen, um spätestens 2013:
 - a. mit Interessenten der Wohnungswirtschaft in Verhandlung zu treten, um auf möglichen Neubauf Flächen Wohnungsbau zu realisieren, der von Seiten der Stadt gefördert wird,
 - b. mit den (städtischen) Wohnbaugesellschaften und weiteren Wohnungsunternehmen über den Erwerb von Belegrechten zu verhandeln, indem städtische Zuschüsse zur Sanierung von Wohneinheiten gewährt werden. Dabei ist zu beachten, dass eine energetische Sanierung bereits bestehender Altbauten erfolgt und diese sanierten Gebäude eine gemischte Bewohnerstruktur aufweisen sollen.
 - c. darzustellen, wie auch private Hausbesitzer eingebunden werden können.
2. Das Konzept soll im Sitzungszug im Herbst den städtischen Gremien vorgestellt werden.
3. Das Konzept soll das Ziel verfolgen, preiswerten Wohnraum zu schaffen und das Mietpreisniveau in Wiesbaden zu stabilisieren. Für die Umsetzung dieses Konzeptes, werden bis zu 50 Mio. € bereitgestellt.
4. Die Landeshauptstadt Wiesbaden verfolgt das Ziel einer Mindest-Quote von 15% preisgebundener Wohnungen bei jedem Neubauprojekt im Geschosswohnungsbau mit mehr als 20 Wohneinheiten.
5. Der Magistrat wird gebeten, zusammen mit dem inhaltlichen Konzept auch mögliche Finanzierungsmodelle vorzulegen.

Antrag Nr. 12-F-33-0014
CDU + SPD

Wiesbaden, 31.01.2012

Bernhard Lorenz
Fraktionsvorsitzender
(CDU-Fraktion)

Sven Gerich
Fraktionsvorsitzender
(SPD-Fraktion)

F.d.R.

F.d.R.

Thomas Kroppen
Fraktionsgeschäftsführer

Ralf Munser
Fraktionsgeschäftsführer